

Gegenstand: Ernennung und Vereidigung der neugewählten Beigeordneten

Die Vorsitzende verweist darauf, dass die Beigeordneten nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung (GemO) in öffentlicher Sitzung zu Beamten zu ernennen sind und die Ernennungsurkunde auszuhändigen ist. Die erstmalige Ernennung ist auch mit einer Vereidigung verbunden.

Sie verliest den Inhalt der Ernennungsurkunde für Frau Irmgard Münch-Weinmann und überreicht diese.

Frau Münch-Weinmann legt den Amtseid ab. Sie wird in das Amt der 2. hauptamtlichen Beigeordneten als Wahlbeamte auf Zeit mit Wirkung vom 01.05.2020 eingeführt.

Gleichzeitig wird ihr entsprechend Stadtratsbeschluss vom 06.02.2020 ab dem 01.05.2020 folgender Geschäftsbereich nach § 50 Abs. 3 GemO übertragen:

- Fachbereich 2 – Sicherheit, Ordnung, Bürgerdienste, Straßenverkehrsbehörde, Umwelt, Forsten, Klimaschutz
- Entsorgungsbetriebe Speyer (EBS)

Anschließend verliest die Vorsitzende den Inhalt der Ernennungsurkunde für Frau Sandra Selg und überreicht diese.

Frau Selg legt den Amtseid ab. Sie wird in das Amt der ehrenamtlichen Beigeordneten als Beamte auf Zeit für die Wahlperiode 2019-2024 mit Wirkung vom 01.05.2020 eingeführt.

Gleichzeitig wird ihr entsprechend Stadtratsbeschluss vom 06.02.2020 ab dem 01.05.2020 folgender Geschäftsbereich nach § 50 Abs. 3 GemO übertragen:

- Fachbereich 1-110, Hauptverwaltung – Sachgebiet Digitale Verwaltung

Gegenstand: Vorschlag für die Besetzung des Schiedsamtes 2020
[Vorlage: 0284/2020](#)

Die Vorlage sowie das [Vorschlagsschreiben der Kooperation von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und SWG](#) sind dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteile des Beschlusses.

In der Einleitung stellt die Vorsitzende das Erfordernis und die erfolgten Vorgespräche nochmals kurz dar.

Herr Dr. Wilke unterstützt den Vorschlag der Verwaltung, da Herr Mückain in allen Bereichen sehr gut vernetzt ist. Nach den Vorberatungen im Ältestenrat schlägt die Kooperation Herrn Alfred Zimmermann als Stellvertretung für Herrn Mückain im Schiedsamt vor. Sofern keine Einwände seitens des Rates bestehen, könnte über diesen Vorschlag gleich in der Beschlussfassung mit abgestimmt und beide Personen dem Direktor des Amtsgerichtes Speyer parallel vorgeschlagen werden.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, dem Direktor des Amtsgerichtes Speyer nach § 5 Abs.1 Schiedsamtordnung folgende Personen vorzuschlagen:

Schiedsperson:

Bernhard Mückain
Hans-Stempel-Str. 12
67346 Speyer

Stellvertretende Schiedsperson:

Alfred Zimmermann
Salierstraße 23
67346 Speyer

- Gegenstand:**
- **Aussetzung der Elternbeiträge für die Inanspruchnahme einer Betreuung in Krippe und Kinderhort für die Monate April 2020 und Mai 2020**
 - **Aussetzung der Verpflegungskostenbeiträge in den Kindertagesstätten in Trägerschaft der Stadt Speyer für die Monate April 2020 und Mai 2020**
 - **Aussetzung der Elternbeiträge für die Inanspruchnahme einer Betreuung des Kindes in Kindertagespflege für den Monat Mai 2020**
 - **Weitergewährung der lfd. Geldleistungen an Kindertagespflegepersonen für den Monat Mai 2020**

[Vorlage: 0285/2020](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende weist eingangs darauf hin, dass das Thema in den Telefonschaltungen mit den Fraktionsspitzen bereits besprochen wurde. Corona stellt in vielerlei Hinsicht eine Herausforderung für Stadt und Bürgerschaft dar.

In der weiteren Begründung weist Frau BM Kabs darauf hin, dass es für den Monat März zu spät sei, daher stehen heute die Monate April und Mai zur Beschlussfassung. Es sei wichtig, Eltern in dieser schwierigen Zeit zu unterstützen, unabhängig vom Einkommen. Sie bittet um Unterstützung des Rates.

Aus Sicht von Herrn Ableiter erscheint die Regelung logisch und richtig. Er stellt als technische Frage in den Raum, ob man nicht auch gleich den Juni dazu nehmen sollte, aus rein praktischen Überlegungen. Herr Stöckel (AL Kindertagesstätten) erläutert als Verwaltungsvorschlag, im Juni von den Leuten, die die Betreuung wieder regelmäßig in Anspruch nehmen, anteilig auch Beiträge zu erheben.

Herr Oehlmann wünscht als Zusatzinformation, ob ggf. das Land die Kosten übernimmt. Herr Stöckel erklärt, dies werde derzeit geprüft, gesetzlich ist zunächst das örtliche Jugendamt zuständig. Die Personalkosten werden weitergezahlt.

Frau Queisser stimmt seitens der SPD der Verwaltungsvorlage zu, spricht von einer Belastungsprobe für Familien und möchte wissen, wie viele Kinder in der Betreuung sind bzw. wie es sich mit den Kinder-Tagespflegepersonen verhält. Laut Frau Kabs sind derzeit 94 Kinder stadtweit in der Notbetreuung. Herr Stöckel ergänzt, die Zahlen gingen steil nach oben, alleine heute seien nur in den städtischen Einrichtungen knapp 70 Kinder gemeldet. Eine Betreuung durch Kinder-Tagespflegepersonen ist 1:1 rechtlich nach wie vor möglich. Da es sich aber um ein privatrechtliches Verhältnis zwischen Eltern und Pflegeperson handelt, besteht bei Nicht-Inanspruchnahme des Angebotes ein gewisses „Unternehmerisiko“.

Frau Keller-Mehlem unterstreicht die Aussagen von Frau BM Kabs. Sie richtet einen ausdrücklichen Dank an die Stadt für das Angebot der Kindertagespflege. Die verstärkte Wahrnehmung und Wertschätzung für diesen Personenkreis als Folge der Corona-Krise sollte auch für die Zeit nach Corona mitgenommen werden. Die Vorsitzende verweist auf bereits angestoßene Bemühungen.

Herr Popescu spricht von einem Tropfen auf den heißen Stein und richtet ebenfalls ein großes Dankeschön des ganzen Rates an die Erzieherinnen und Erzieher. Dabei sollte man

aber die Kinder nicht aus den Augen verlieren. Lediglich von wohlwollendem Klatschen kann man sich keine Brötchen kaufen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig die vorgelegte Aussetzung der Eltern- und Verpflegungskostenbeiträge für April und Mai 2020. Zeitgleich wird die angefügte Stadtratsvorlage durch die politischen Vertreter/-innen erweitert und folgender ergänzender Beschluss gefasst:

Sollten die Kindertagesstätten in freier und kommunaler Trägerschaft weiterhin geschlossen bleiben, wird entschieden, ob ausschließlich für die Kinder in Notbetreuung die Eltern- und Verpflegungskostenbeiträge gefordert werden.

**Gegenstand: Konzept zur Mittelverwendung – Landesförderung Kita!Plus:
Kita im Sozialraum im Zeitraum 01.01.2020 bis 30.06.2021**
[Vorlage: 0292/2020](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende weist eingangs darauf hin, dass ein Antrag auf Abruf der Mittel nur mit ausdrücklichem Ratsbeschluss möglich ist. Die tatsächliche Verteilung erfolgt im Nachgang.

Frau Heller bezeichnet die frühkindliche Förderung als enorm wichtig. Sie erkundigt sich nach der Verplanung des Differenzbetrages zwischen 306 t€ und 280 t€ und dem Umgang mit Personal. Mit dem KiTa-Sozialraumkonzept sollte auch die Erziehung zur Nachhaltigkeit gefördert werden. Dazu sollte auch der Stadtteilverein Klima-West eingebunden werden. Das Konzept basiert laut Herrn Stöckel auf der Sozialraumorientierung in allen vier Stadtteilen, die geplanten Ausgaben sind dabei ein erster Aufschlag; danach sind Nachjustierungen möglich. Das Land hat sehr kurze Fristen gesetzt, wobei Speyer in der Planung relativ weit sei. Das Geld soll primär in Personal für Sozialraumbetreuung investiert werden. Ende Juni 2021 kommt dann die Nachfolgeregelung des Sozialraumbudgets.

Herr Oehlmann erkundigt sich nach der Höhe des möglichen Defizits beim Sozialraumbudget und einer Verteilung 60:40 Land:Stadt. Werden laut Herrn Stöckel 720 t€ vom Land zugewiesen, sind bei voller Ausschöpfung von der Stadt 480 t€ zu leisten. Andere Zuwendungen werden zukünftig entfallen, z.B. die Leitungsfreistellung. Solche Effekte sollen damit abgedämpft werden.

Herr Ableiter spricht von einem weiteren Schritt, um die Kommunen/Einrichtungen am kurzen Gängelband zu halten. Der Rat hatte sich damit schon beschäftigt, jetzt geht es darum, mit dem Elend zu Recht zu kommen. Zweck ist aus seiner Sicht die Sozialraumbetreuung, weniger die Nachhaltigkeitserziehung. Er plädiert dafür, den gesamten Betrag auszuschöpfen.

Herr Dr. Wilke hebt die sehr anspruchsvoll ausgearbeitete Vorlage hervor. Dies sei ein sehr wichtiger Auftrag und ein entsprechend anspruchsvolles Konzept. Er setzt ein Fragezeichen, wie es nach Juni 2021 weitergeht. Die Verwaltungsvorlage sei ein sehr guter Ansatz, dem die CDU zustimmt, insbesondere auch was die Musikerziehung angeht. Herr Stöckel erläutert, hierzu komme noch ein gesondertes Konzept in den Jugendhilfeausschuss.

Frau Keller-Mehlem vermisst den Bezug zu Kindertagespflegepersonen, der Schwerpunkt liegt wohl eindeutig auf Einrichtungen. Sie fragt, ob Bewegung in dieser Richtung möglich sei und appelliert entsprechend an die Stadt; diese will das Thema in den JHA mitnehmen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Verwendung der Landesmittel im Rahmen des Programms Kita!Plus – Kita im Sozialraum wird gemäß beiliegendem Konzept zugestimmt.

Gegenstand: Hilfsprogramm „Speyer hält zusammen“ der Stadt Speyer zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie
[Vorlage: 0293/2020](#)

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende dankt eingangs den Fraktionsvorsitzenden für die konstruktive Vorarbeit. Der Stadt sind Gelder in Höhe von rund 1,25 Mio. € für Aufwendungen, die in den kommunalen Haushalten nicht vorgesehen waren, in Aussicht gestellt. Darunter fallen die Einrichtung des Abstrichzentrums über die Anschaffung von Hygieneausstattungen für Verwaltung und Schulen bis hin zu IT-Ausstattungen, die derzeit vergriffen sind. Daneben sollte die Schaffung einer Milderung für den in der Vorlage genannten Adressatenkreis im Rahmen des Möglichen nicht vergessen werden.

Es geht um einen Impuls für Ehrenamtliche bis hin zum Sport, um die Multiplikatoren zu erhalten, die unsere Stadt ausmachen. Gedacht ist an Online-Antragsformulare und ein Verfahren, das so unkompliziert wie möglich sein sollte. In einer der nächsten Sitzungen bzw. online kann eine Übersicht über den Sachstand gegeben werden. Frau BM Kabs ergänzt, „Kultursupport“ war eine spontane Entscheidung, nachdem klar war, dass den Kulturschaffenden die Aufträge wegbrechen. Aus 30 t€ städtischen Mitteln wurden durch Spenden inzwischen rund 75 t€. Sie möchte dieses Konzept nachhaltig gestalten und auch nach Corona weiterführen. Es sei viel Solidarität erkennbar, ihr Dank geht an alle, welche die Projekte unterstützen.

Herr Feiniler wiederum richtet den Dank der SPD-Fraktion an die Verwaltung, welche die Stadt sehr gut durch die Krise manövriere. Er wirft die Frage auf, ob über die WES GmbH noch etwas in der Richtung gemacht werden könnte. Die Vorsitzende erklärt, es werden Gespräche mit den Gesellschaftern diesbezüglich geführt.

Herr Ableiter unterstreicht die Aussagen seines Vorredners. Die BGS unterstützt in diesem Vertrauen die Maßnahmen; einzig der Marketingprozess Weihnachtsmarkt wird kritisch gesehen. Diese Mittel könnten anderweitig sinnvoller verwendet werden, da es sich nicht um ein Problem der Nachfrage sondern des Lockdowns handelt. Dabei ist laut Vorsitzender die Berufsgruppe der Schausteller im Blick, für die nicht absehbar ist, wann sie ihre Tätigkeit wieder aufnehmen kann. Da diese Betriebe gänzlich ohne Einnahmen sind, sollten aus Sicht von Herrn Ableiter deren Schulden für Fahrgeschäfte o.ä. über die Sparkasse zinslos gestundet werden, um ein Überleben zu sichern.

Auch Herr Dr. Wilke bescheinigt für die CDU der Verwaltung einen großartigen Einsatz in einer schwierigen Zeit. Eine Viertelmillion sei angesichts der Probleme kein Riesenbetrag, aber damit kann immerhin etwas bewegt werden. Er regt an, nicht nur Organisationen sondern auch engagierte Einzelpersonen zu berücksichtigen. Hinsichtlich der Gewerbetreibenden verweist er auf große Bundesprogramme. Die Gastronomie werde in der Vorlage nicht erwähnt. Auch wenn 50 t€ dort eigentlich nichts sind, würde er eher dazu tendieren, den letzten Absatz mit den Marketingmitteln zu 50 t€ zusammenzufassen.

Herr Oehlmann sieht einen Einmalbetrag für die Soforthilfe am Beginn der Pandemie. Er begrüßt die Maßnahmen der Stadt, erinnert aber auch an die Hilfe danach und mahnt, mit den Mitteln zu wirtschaften. Es handelt sich nicht um Geschenke, sondern um Steuergelder, mit denen verantwortungsvoll umgegangen werden muss. Die Vorsitzende sichert dies zu. Die FDP sei Mitglied der Landesregierung, sie sei sehr gespannt auf die Haushaltsberatungen 2021.

Frau Selg erklärt, aus Sicht der SWG handelt es sich um eines der wichtigsten Programme für die Stadt. Jeder solle in sich gehen und prüfen, wer Unterstützung braucht; es gebe viele stille Helden in der Verwaltung, bei der Polizei und den Hilfgemeinschaften. Die besonderen Härtefälle seien ein wichtiger Aspekt, da viele Lücken bestehen. Aus ihrer Sicht gibt es viele Menschen, die Hilfe anbieten wollen. Über Crowdfunding wäre es einfacher zu bewerkstelligen, wo Bürger ihre Spendenanteile einbringen wollen.

Herr Schneider berichtet über eine Medienmeldung, wonach die zugesagten Corona-Mittel für den Wegfall des Steueraufkommens gedacht seien. Zum Ansatz von 50 t€ im Bereich häusliche Gewalt erkundigt er sich, ob es da bereits konkrete Zahlen gibt. Zur Freien Kulturszene möchte er wissen, wie eine Mehrfachförderung verhindert werden kann. Bei den Fällen häuslicher Gewalt gibt es laut Vorsitzender eine hohe Dunkelziffer, Nachfragen bei den Kinderärzten würden dies sicher bestätigen. Zu möglichen doppelten Auszahlungen erläutert sie, dass kommunale Programme proaktiv gezielt das Leben in der Stadt erhalten sollen, wo man die Protagonisten gut kenne.

Zum Thema häusliche Gewalt ergänzt Frau BM Kabs, es seien derzeit keine validen Zahlen lieferbar, es herrsche gespannte Ruhe. Schulsozialarbeit und KiTas wirken bereits proaktiv, so werden Kinder teilweise ohne entsprechende Berufe der Eltern in die Betreuung genommen. Sie rät, mit dem Frauenhaus und dem Frauennotruf zu sprechen.

Frau Heller fordert klares Handeln in kritischer Situation. Sie fragt nach Einschätzungen, wie lange die Förderung ausreichen wird, welcher Ansturm erwartet werde und wie die Priorisierung der Anträge aussieht. Die Vorsitzende rechnet mit reger Teilnahme, die Kriterien werden mit den Fachabteilungen erarbeitet. Sie unterstreicht, dass es sich lediglich eine Unterstützung handelt, die wirklichen Folgen werden erst in den kommenden Monaten spürbar. Bislang geht die Stadt in Vorleistung. In vielen Bereichen gebe es noch Klärungsbedarf, z.B. hinsichtlich interkommunaler Absprachen wegen des Abstrichzentrums, das auch Kreisgemeinden zur Verfügung steht.

Herr Popescu verweist auf 540 Problemfamilien im Stadtgebiet. Social distancing bedeute auch, sich niemandem anvertrauen zu können. Die Kultur liege am Boden, trotzdem sollte man sich das Lebensgefühl der Stadt nicht nehmen lassen. Er vertraue auf die sinnvolle Verteilung durch die Verwaltung. Die Linke spricht sich dafür aus, dringend Mittel in die Hand zu nehmen, um die genannten Berufsgruppen am Leben zu halten.

Herr Wagner unterstreicht, es nenne sich „Soforthilfe“, die sofort helfen soll. Deshalb hält er wenig davon, solche Mittel zurückzuhalten; dies sei auch vom Ministerium unter FDP-Führung so nicht vorgesehen. Er erlebt echte Nöte und Existenzängste, weshalb die Gelder unbedingt jetzt ausgezahlt werden müssen. Die Empfehlung eines Gangs zum Sozialamt stellt für ihn ein starkes Stück dar.

Die Vorsitzende lobt als Oberbürgermeisterin abschließend die Leistung derer, die vor Ort im Ehren- oder Hauptamt für ein Funktionieren der Stadt Speyer sorgen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Speyer beschließt einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, ein Hilfsprogramm mit dem Titel „Speyer hält zusammen“ im Volumen von bis zu 250.000 Euro zur Bezuschussung des Ehrenamtes, freier Organisationen und Initiativen sowie der (freien) Kulturszene und ähnlicher Strukturen - wie in der Begründung genannt - aufzulegen und für dessen zügige Umsetzung zu sorgen. Die Finanzierung erfolgt durch eine Teilentnahme aus der Sonderzahlung des Landes an die Landkreise und kreisfreien Städte zur Unterstützung bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie. Sofern und soweit die Stadt für dieses Programm Spenden von Dritten erhält, erhöht sich das Fördervolumen entsprechend.

9. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 23.04.2020

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

Gegenstand: **Zinslose Stundung städtischer Steuerforderungen bis 31.12.2020**
[Vorlage: 0291/2020](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat ermächtigt die Verwaltung einstimmig, zinslose Stundungen für städtische Steuerforderungen bis zum 31.12.2020 zu gewähren. Die Antragstellung der Stundung erfolgt ohne eingehende formelle und sachliche Prüfung und kann auch aufgrund der Situation per E-Mail ohne Unterschrift erfolgen.

Gegenstand: Weiterführung VRNextbike - Vorlage Verhandlungsergebnisse im Nachgang zur Ratssitzung vom 12.03.2020
[Vorlage: 0290/2020](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende verweist auf die nochmaligen Verhandlungen durch Frau Körner mit den VRN. Die von Rat gewünschte Verkürzung der Vertragslaufzeit konnte nicht realisiert werden. Mit dem Einstieg der SWS als Sponsor reduziert sich der finanzielle Aufwand.

Herr Dr. Wilke erinnert an die intensive Beratung im März zur Stärkung der Position für die Verhandlungen durch Frau Körner. Auch wenn Vertragslaufzeit nicht verkürzt werden konnte, beträgt die Belastung für den Stadthaushalt nur noch 10.000 €. Die CDU stimmt dem zu - mit dem Ergänzungsangebot. Die Stadt soll sich parallel weiter für eigenes Modell engagieren.

Frau Münch-Weinmann beurteilt es als gut, dass nachverhandelt wurde. Die Grünen wollen mehr Fahrräder sehen, verbunden mit Marketing für die Idee. Die Fraktion stimmt der Vorlage mit dem Ergänzungsangebot mehrheitlich zu. Die gewonnene Zeit soll für die Entwicklung eines eigenen Modells genutzt werden.

Die SWG hat laut Frau Selg viel Leidenschaft für Fahrradverkehr. Sie persönlich möchte gern einmal ein Nextbike fahren sehen. Dessen ungeachtet freut sie sich über die Nachbesserung. Neue Räder werden vielleicht auch besser angenommen. Sie bescheinigt gute Verwaltungsarbeit. Die SWG wird die Vorlage unterstützen. Angeregt wird die Evaluierung nach einem Jahr über den Sachstand. Dabei sollte Transparenz zum linken/Rechten-Tasche-Prinzip hergestellt werden.

Herr Popescu gibt seitens der Linken zähneknirschende Zustimmung, da die Kosten nach wie vor hoch sind und der Nextbike-Betreiber Speyer vermutlich auch in 5 Jahren nicht kennen wird. Er stellt die Zustimmung unter die Vorgabe, dass ein Lastenfahrrad auf jedem Standort aufgestellt wird.

Herr Ableiter erkennt letztendlich eine Leistung der OB, die Werbegelder der SWS eingeworben hat. Die Kosten bleiben letztendlich die gleichen. Gleichzeitig warnt er vor den Kosten einer Evaluierung nach 1 Jahr angesichts der Corona-Situation. Eine Erhebung sollte erst gemacht werden, wenn wieder normales Leben herrscht.

Corona wirft laut Herrn Haupt seine Schatten überall. Für die AfD ist es unverständlich, warum immer noch Gelder für ein de facto gescheitertes Projekt aufgewendet werden. Seine Fraktion sieht eher ein Projekt mit einem Gewerbetreibenden vor Ort. Daher erfolgt eine Ablehnung der Vorlage.

Herr Feinler spricht von einem tollen Angebot, das 1:1 das abbildet, was in der letzten Sitzung besprochen wurde. Dem Verleihsystem sollte man nochmals eine Chance geben. Corona führt seiner Meinung nach dazu, dass wieder mehr Menschen das Fahrrad nutzen. Daher stimmt SPD für die Vorlage.

Herr Czerny äußert sich nach wie vor skeptisch gegenüber dem Nextbike-Angebot, das auch aus ökologischer Sicht bedenklich sei, da für jeden gefahrenen Radkilometer 2 LKW-Kilometer zurückzulegen werden.

Hinsichtlich des Angebots von Lastenfahrrädern werden bereits mit ortsansässigen Unternehmen Gespräche geführt. Sie sagt zu, einen Erfahrungsbericht nach ausreichender Zeit vorzulegen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 3 Gegenstimmen: AfD-Fraktion, WG Schneider und 2 Enthaltungen: Czerny – B90/Grüne, BGS) die Weiterführung des Fahrradverleihsystems VRNnextbike zu den in der Vorlage aufgeführten Konditionen. Parallel wird in dieser Zeit ein Konzept für ein eigenes System entwickelt.

Gegenstand: Änderung des Gesellschaftsvertrags der GML Gemeinschafts-Müllheizkraftwerk Ludwigshafen GmbH
[Vorlage: 0244/2020](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende erläutert nochmals den Regelungsbedarf und verweist insbesondere auf die §§ 27 und 27a.

Frau Heller hat eine Nachfrage zur Streichung in § 2 und dem Inhalt der bisherigen Fassung. Diese wird mit dem Protokoll nachgereicht.

Beschluss:

Nach einstimmiger Empfehlung des Aufsichtsrates der GML – Gemeinschafts-Müllheizkraftwerk Ludwigshafen GmbH (GML) an seine Gesellschafter vom 05.12.2019 beschließt der Stadtrat einstimmig (bei 2 Enthaltungen: AfD-Fraktion), der Betrauung und der hierfür erforderlichen Anpassung des Gesellschaftsvertrages der GML zuzustimmen und der Gesellschafterversammlung der GML zu empfehlen, die Betrauung und die Änderung des Gesellschaftsvertrages zu beschließen.

Die Änderungen betreffen insbesondere die §§ 27 und den neu einzufügenden 27a des Gesellschaftsvertrages. Der entsprechend angepasste und auskommentierte Gesellschaftsvertrag der GML ist als Anlage beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Zustimmung des Stadtrates steht unter dem Vorbehalt, dass die ADD keine rechtlichen Bedenken gegen die Gesellschaftsvertragsanpassung geltend macht. Die Verwaltung wird ermächtigt, notwendige gemeinderechtskonforme Anpassungen des Gesellschaftsvertrages vorzunehmen.

9. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 23.04.2020

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 9

Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO
[Vorlage: 0289/2020](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

9. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 23.04.2020

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 10.1

Gegenstand: Tausch von Teilflächen in der Geibstraße

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 2 Gegenstimmen: Kübitz – AfD, Popescu – Linke):

Dem Tausch der Teilflächen wird zugestimmt:

9. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 23.04.2020

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 11.1

Gegenstand: Beförderung von Beamt/innen

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Beförderung einstimmig zu (bei 1 Enthaltung:
WG Schneider).

9. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 23.04.2020



9. Sitzung des Stadtrates 23.04.2020 **Stefanie Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!